

AUSGABE VOM 19. JUNI 2015

Millowitsch und Belvedere: Bund fördert Kölner Denkmalschutzprojekte

Der Bund wird in Köln den Bahnhof Belvedere, Deutschlands ältestes Stationsgebäude, mit 56.000 Euro und das Colonia-Haus (seit über 65 Jahren Heimat des bundesweit bekannten Millowitsch-Volkstheaters) mit 60.000 Euro aus dem diesjährigen Denkmalschutz-Sonderprogramm fördern.

Das hat in dieser Woche der Haushaltsausschuss des Bundestages nach einem intensiven Auswahlverfahren beschlossen. 20,8 Mio. Euro stehen für bundesweit 124 Projekte zur Verfügung. Ich freue mich, dass es gelungen ist, Projekte in der Domstadt zu fördern. Damit wird der Bund seiner Verantwortung gerecht und kann gerade auch kleinere Projekte bei der Sanierung unterstützen.

Regierungserklärung zu Europa durch Kanzlerin Angela Merkel

„In der EU stehen wir vor enormen inneren wie äußeren Herausforderungen, die alle mehr oder weniger gleichzeitig bewältigt werden müssen“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung vor dem bevorstehenden Europäischen Rat in Brüssel.

Ein wichtiges Thema ist die Migrations- und Flüchtlingspolitik. Seit Jahresbeginn hätten rund 100.000 Flüchtlinge den Versuch unternommen, über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen. „Die Tragödien, die sich dabei abspielen, machen uns alle immer wieder zutiefst betroffen“, sagte Merkel. Es müsse „alles, aber wirklich alles“ getan werden, um Menschenleben zu retten.



Migration, Terrorismus, Ukraine Krise und EU-Reformen - das sind zentrale Themen des EU-Rates am 25. und 26. Juni. Europa steht vor enormen Herausforderungen, sagte die Kanzlerin in einer Regierungserklärung am Donnerstag im Bundestag. (Foto: CDU/CSU-Fraktion/Tobias Koch)

Von den EU-Staaten forderte sie die Bereitschaft, sich an einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge in Europa zu beteiligen. Es könne nicht sein, dass die Mehrheit der Flüchtlinge nur von einer Handvoll von Mitgliedstaaten aufgenommen werde.

Deutschland werde deutlich machen, dass alle Mitgliedstaaten das gemeinsame europäische Asylsystem umsetzen und anwenden müssten. Merkel erklärte, man werde gleichzeitig weiter daran arbeiten, effektiver gegen Schlepperbanden vorzugehen. Die Ursachen von Flucht und Vertreibung müssten bekämpft werden. „Aber es geht auch darum, die Rückführung von

Migranten ohne Bleiberecht zu beschleunigen und so die Anreize für irreguläre Migration zu reduzieren.“ Die Anschläge in Paris im Frühjahr dieses Jahres hätten erneut vor Augen geführt, wie der internationale Terrorismus die Sicherheit in Europa gefährde, sagte Merkel. In Brüssel werde man daher über den Schutz der Bürger, Maßnahmen gegen Radikalisierung und die Zusammenarbeit mit den Partnern sprechen.

„Unverändert große Sorge bereitet uns die Lage in der Ukraine“, sagte Merkel. Sie sei aber überzeugt, dass dieser Konflikt nur politisch gelöst werden könne. Das Minsker Maßnahmenpaket bilde hier den Rahmen. Daran müssen wir weiter arbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

Freiheit ist nirgendwo auf der Welt selbstverständlich, auch bei uns nicht. Das wurde erneut sehr deutlich, als der Bundestag in dieser Woche der Opfer des Volkaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 gedacht hat.



Vor 62 Jahren waren in rund 700 Orten der DDR mehr als eine Million Menschen auf die Straße gegangen. Die sowjetische Besatzungsmacht schlug den Aufstand mit Panzern nieder. Nach Zahlen des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam starben 50 Bürger sowie fünf Vertreter der DDR-Sicherheitsorgane während des Aufstandes. Nach Todesurteilen von sowjetischen und DDR-Gerichten wurden sieben Menschen hingerichtet. Die Zeitzeugen werden nach 62 Jahren immer weniger. Umso wichtiger ist es, eine lebendige Erinnerungskultur zu pflegen.

Bis 1990 war der 17. Juni in Westdeutschland als „Tag der deutschen Einheit“ Nationalfeiertag. Seither ist es der 3. Oktober, der Tag der staatlichen Wiedervereinigung. Der Sieg der Freiheit über die Unterdrückung - das ist auch das Verdienst der mutigen Männer und Frauen des 17. Juni 1953.

Daran muss ich immer denken, wenn ich auf der Straße des 17. Juni fahre - in Kalk oder in Berlin.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlichst

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Palliativmedizin und Hospizplätze ausbauen

Die richtige Antwort auf die Angst vor einem qualvollen Tod ist der Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot, damit alle Menschen in der letzte Phase ihres Lebens umfassende Hilfe und Unterstützung finden. Wichtig ist uns die Stärkung der Sterbebegleitung in den Pflegeeinrichtungen, denn viele Menschen verbringen ihre letzte Lebenszeit dort. Dafür sollen Pflegeeinrichtungen stärker mit Hospizdiensten und Ärzten kooperieren. Außerdem soll es künftig einen Anspruch auf individuelle Beratung durch die Krankenkasse geben.

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in 1. Lesung beraten haben, soll daher die Hospiz- und Palliativversorgung in ganz Deutschland gestärkt werden. Damit Menschen auch in ihrer letzte Lebensphase und im Sterben gut versorgt und begleitet sind. Das Gesetz sieht Maßnahmen sowohl in der gesetzlichen Krankenversicherung als auch in der sozialen Pflegeversicherung vor. Unter anderem geht es darum, die Vernetzung und Kooperation von medizinischer und pflegerischer Versorgung sowie die Begleitung durch Hospizdienste in der sogenannten Regelversorgung sicherzustellen und die Finanzierungsgrundlagen für stationäre Hospize zu verbessern.

Günther Jauch zu Gast bei der Gruppe 13



Welche Beweggründe haben wir, uns politisch zu engagieren? Unter dem Motto „Was mich bewegt...“ haben einige Mitglieder der Gruppe 13, ein Zusammenschluss der 2013 erstmals in den Bundestag gewählten Unions-Abgeordneten, gemeinsam mit dem Journalisten und Fernsehmoderator Günther Jauch, diskutiert. Es war sein Wunsch, mehr Fragen an die Abgeordneten zu stellen als selber befragt zu werden. Natürlich ging es nach seinem Verzicht auch um das Format „Talkshow“. (Foto: privat)

Jugend und Parlament: MdB für vier Tage



Mentor MdB Karsten Möring begrüßt Planspiel-Teilnehmer Felix Spehl auf der Fraktionsebene im Reichstag (Foto: privat).

Einmal Bundestagsabgeordneter sein: Felix Spehl aus Köln hat das geschafft! Zumindest im Rahmen des Bundestagsplanspiels „Jugend und Parlament“ das vom 13. bis 16. Juni im Berliner Reichstag stattfand. Felix Spehl hatte sich bei mir beworben und ich habe ihn nominiert, weil er sich in seiner Freizeit ehrenamtlich als stellvertretender Vorsitzender der Kölner Jungen Union politisch engagiert. Nachdem er auch das Auswahlverfahren absolviert hatte, konnte er mit 315 Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren aus dem gesamten Bundesgebiet für vier Tage in die Rolle von Abgeordneten schlüpfen.

Zusammen mit den übrigen Teilnehmern hat der junge Kölner die Parlamentsarbeit realistisch nachgestellt und Entscheidungen über vier Gesetzesinitiativen simuliert. Die Nachwuchstalente lernen dabei die Arbeit der Abgeordneten kennen – in Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen. Mit seiner Arbeit in der fiktiven Fraktion der „Christlichen Volkspartei“ konnte er sich dabei hervorragend anfreunden. Bei der Abschlussdebatte im Plenarsaal des Deutschen Bundestages unter der Sitzungsleitung der echten Bundestagsvizepräsidenten treten Rednerinnen und Redner aus allen Spielfraktionen ans Pult und versuchen, Mehrheiten für ihre Anliegen zu gewinnen.

Im Anschluss diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Vorsitzenden der echten Bundestagsfraktionen, wie realistisch „Jugend und Parlament“ die Parlamentsarbeit tatsächlich abbildet.

Impressum:

Ausgabe Nr. 12/2015
19. Juni 2015

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter